

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

WESTEUROPA

(1) Europäisch-Chinesisches Handelsbüro

Die EG und China haben sich nach einer Mitteilung des Präsidenten der EG-Kommission, Roy Jenkins, auf die Bildung einer Gemischten Handelskommission geeinigt, die zum ersten Mal am 3. Mai in Peking zusammentreten soll. Die Kommission werde dann jährlich abwechselnd in Brüssel und Peking tagen, um den jeweiligen Stand des beiderseitigen Handels zu prüfen und neue Möglichkeiten des Warenaustausches zu erkunden.

Die Themen der nächsten Zeit sollen sein:

- Technik und Wissenschaft: engere Zusammenarbeit, 23 EG-Stipendien für China;
- ein Textilabkommen, das den Interessen im Dreieck China - Drittländer - europäische Textilindustrie Rechnung tragen soll;
- Einbeziehung Chinas in das europäische Zollpräferenzsystem;
- Abhaltung einer chinesisch-europäischen Wirtschaftswoche in Brüssel im Jahre 1980.

China will, wie Roy Jenkins erfuhr, seine Importe aus dem EG-Bereich, die im vergangenen Jahr 10,4 Mrd.\$ betragen, bis 1985 um das zweieinhalb- bis dreifache steigern.

Während seines Besuches vom 22.-24. Februar war Jenkins u.a. von Hua Guofeng, Deng Xiaoping, Investitionsminister Gu Mu, Außenminister Huang Hua und Außenhandelsminister Li Qiang empfangen worden.

Die Gemischte Kommission war in einem EG-Chinesischen Rahmenabkommen vor zehn Monaten vereinbart worden. Möglicherweise wird zusätzlich von der EG demnächst ein Ständiges Büro in Peking eingerichtet werden, nachdem ein chinesischer Botschafter nun schon zwei Jahre in Brüssel akkreditiert ist. Schließlich soll neben dem japanischen nun auch ein westeuropäisches Handelszentrum in der chinesischen Hauptstadt errichtet werden, und zwar bis 1980. In dem Zentrum sollen ein Hotel, ein Bürotrakt, Restaurants und eine Ladenstraße untergebracht sein.

(2) Errichtung diplomatischer Beziehungen zu Portugal

Am 8. Februar wurden zwischen der VR China und der Republik Portugal diplomatische Beziehungen aufgenommen. Im Kommuniqué werden die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Grundlage des neuen Verhältnisses bezeichnet. Portugal anerkennt die Regierung der Volksrepublik als die einzige

legale Regierung von China und betrachtet Taiwan als unveräußerlichen Teil der Volksrepublik (Portugal hat seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan bereits im Januar 1975 abgebrochen) (NCNA, 8.2.78).

Die Macao-Frage taucht in dem Kommuniqué nicht auf. In Lissabon hieß es, daß der Status dieser Kolonie, die gerade einen neuen Gouverneur bekommen hat, unverändert bleibe.

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(3) Besserung der Beziehungen zu Albanien?

Yu Zhan, der stellvertretende Außenminister und Referent für Europafragen im chinesischen Außenamt, betonte in einem Gespräch mit der jugoslawischen Nachrichtenagentur Tanjug, daß es zwischen China und Albanien bedauerlicherweise zu "Mißverständnissen" gekommen sei, daß China aber gleichwohl versuchen werde, mit den Albanern wieder ins Gespräch zu kommen und insbesondere ein Handelsprogramm zu vereinbaren. China sei auch nicht daran interessiert, auf die albanischen Angriffe einzugehen (SWB, 14.2.79). Dieses Interview fand am 6. Februar statt. Vielleicht ist die ausgestreckte Hand Pekings ein Grund dafür, daß Albanien sich in der Beurteilung des chinesischen Vietnam-Unternehmens so sehr zurückgehalten hat.

AFRIKA UND NAHOST

(4) Berichterstattung über den Machtwechsel im Iran und Anerkennung der neuen Regierung

Am 16. Januar verließ der Schah den Iran, über den er 37 Jahre lang regiert hatte. Schon wenige Tage später, am 1. Februar, zog der Schiitenführer Khomeini, von seinem Exil in Frankreich kommend, in Teheran ein und kündigte die Ausrufung einer islamischen Republik an.

Noch 1978 hatte Hua Guofeng auf der Rückkehr von seiner Osteuropareise Station im Iran gemacht und lange Gespräche mit dem Schah geführt. Frage also: Wie sollte sich Peking in der neuen Situation verhalten? Bis zuletzt hatte es ja dem Schah in seinen Kommunikationsmitteln "den Daumen gehalten".

Ab 26. Februar 1979 nahm Radio Peking (SWB, 28.2.79) zum ersten Mal entscheidend für das neue Regime Stellung und übte offene Kritik am Schah-

Regime. Die politischen Aufstände im Iran datierten viele Jahre zurück. Erst Ende 1977 allerdings hätten die Massendemonstrationen, die von Khomeini, einem der sechs Patriarchen der Schiiten-Sekte, mitinitiiert waren, das ganze Land erfaßt. Das Land sei durch Streiks und Aufstände paralytisch worden. Schah Pahlevi habe seit 1975 ein Ein-Parteien-Regime geführt. Seine Geheimpolizei habe sich zahlloser Festnahmen und Folterungen schuldig gemacht und die religiösen Rechte eingeschränkt. Als die Aufstände zunahmen, habe das Regime zahlreiche repressive Maßnahmen ergriffen, u.a. die Militärkontrolle, die Verhängung von Ausgehverboten, das Verbot von Demonstrationen und Versammlungen; es habe einen Schießbefehl gegen Demonstranten erteilt usw. Der Schah habe schließlich dreimal hintereinander neue Premiers ernannt, die die Forderungen der Demonstranten wenigstens zum Teil entgegenzukommen.

Am 14. Februar übersandte Ministerpräsident Hua Guofeng dem Premier der provisorischen Regierung des Iran, Mehdi Bazargan, ein Telegramm, in dem er die formelle Anerkennung aussprach und zur Übernahme des Ministerpräsidentenamts gratulierte (NCNA, 14.2.79).

Hua Guofeng, der noch vom 30. August bis 1. September 1978 den Iran besucht und dabei ausführliche Gespräche mit dem Schah geführt hatte, war vom Rücktritt seines früheren Gesprächspartners nicht begeistert. Zaghaft hatte China in seinen offiziellen Verlautbarungen bis zuletzt darauf gehofft, daß der Status quo bewahrt würde. Da man aber im Interesse einer antisowjetischen Abwehr mit jedem Regime des Iran zusammenarbeiten muß, hat Peking die neue Lage schnell akzeptiert. In den vorangegangenen Tagen war der Schah bereits auf Wandzeitungen geschmäht und als Kollaborant des CIA bezeichnet worden.

ASIEN

(5) Der indische Außenminister in Peking: Reif auf die junge Blüte der neuen Freundschaft

17 Jahre nach dem chinesisch-indischen Grenzdebakel besuchte zum ersten Mal wieder ein indisches Regierungsmitglied, Außenminister Atal Bihari Vajjapee, die VR China (12.-19. Februar). Während der achttägigen Besuchstour hatte er Gelegenheit, den chinesischen Spitzenpolitikern, u.a. Hua Guofeng, Deng Xiaoping und Außenminister Huang Hua, den indischen Standpunkt darzulegen. Vajjapee sollte bereits im Oktober 1977 China besuchen, war damals allerdings wegen einer "Krankheit" nicht gekommen. Neu angeknüpft worden waren die Beziehungen zwischen beiden Staaten durch den Besuch des Präsidenten der chinesischen Vereinigung für Freundschaft mit dem Ausland, Wang Bingnan, in Indien (März 1978).

Dreimal hintereinander trafen die beiden Außenminister zusammen. Sie sprachen über Komplexe, über die sich zwischen Delhi und Peking Einvernehmen erzielen läßt, nämlich über eine neue Weltwirtschaftsordnung, über die Entspannung, über die Lage im südlichen Afrika sowie im Nahen Osten und über die Rolle der blockfreien Staaten.

Daneben gab es aber auch mehrere Komplexe, über die sich im gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Anerkennung erzielen läßt, nämlich die ungelöste Grenzfrage, das Kaschmir-Problem und die Beziehungen zwischen Indien und der Sowjetunion, die für den chinesischen Geschmack allzu eng sind. Auch das Tibet-Problem und die Rebellen-Frage waren anzusprechen.

Wie Vajjapee nach seiner Rückkehr im indischen Parlament am 21. Februar berichtete, seien alle diese Fragen von ihm angesprochen worden. Allerdings habe die Reise einen "Kundschafts" (explanatory)-Charakter gehabt. Das Gebirge von Problemen habe man keineswegs abtragen können. Wenigstens aber sei das Eis gebrochen worden. Er, Vajjapee, habe alle wesentlichen Fragen angesprochen:

- In der Frage von Jammu und Kaschmir habe er die chinesische Führung darüber informiert, daß nach dem Simla-Abkommen von 1973 mit Pakistan vereinbart worden sei, die Frage durch bilaterale Diskussionen zu lösen. Die propakistanische Haltung der Volksrepublik in den letzten anderthalb Jahrzehnten habe für die chinesisch-indischen Beziehungen eine zusätzliche Komplikation mit sich gebracht.

- Angesprochen wurde auch die Grenzfrage. Die indische Seite habe dargelegt, daß der Streit um 36.000 qkm Territorium immer noch nicht gelöst sei. Zumindest habe man das Eis aufgetaut ("we have at least unfrozen the issue").

- China habe leider in den letzten Jahren immer wieder die Rebellen in Nagerland, in Mizoram und Manipur (im nordöstlichen Indien) moralisch und materiell unterstützt. Die chinesische Seite habe jedoch zugesagt, diese Frage gründlich zu überprüfen.

- In der Tibet-Frage habe die indische Seite darauf hingewiesen, daß man aus Respekt vor dem Dalai Lama den tibetanischen Flüchtlingen Asyl gewähre. Wenn der Dalai Lama und die nach Indien geflohenen Tibetaner jedoch in ihr Heimatland zurückkehren wollten, so stehe ihnen dies frei. Ein besonderer Diskussionspunkt war der freie Zugang zu den Bergen Kailash und Mansarovar, zu denen die hinduistischen Gläubigen seit vielen Jahren gepilgert sind. Da das chinesisch-indische Abkommen über den Grenzverkehr in die tibetische Region im Jahre 1962 ausgelaufen sei, bestehe für die Gläubigen gegenwärtig keine Möglichkeit zur Pilgerschaft zu diesen heiligen Plätzen. Hier müsse Erleichterung geschaffen werden (ISI, 21.2.79; SWB, 24.2.79).

Bei den offiziellen Erklärungen vermieden es die Chinesen, ihre Verärgerung über die Beziehungen Delhis zu Moskau unerwähnt zu lassen. Huang Hua wies lediglich einmal bei einer Bankettrede auf die Störfunktion der "Supermächte und Hegemonisten" überall in der Welt hin (NCNA, 13.2.79). Im übrigen bemühte man sich, die Gemeinsamkeiten groß herauszustellen und die Differenzen zu minimalisieren. Beide betonten beispielsweise immer wieder das Prinzip der Pancasila, also die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die im bilateralen Verhältnis zwischen beiden Staaten von Anfang an eine bedeutende Rolle gespielt hätten. U.a. erinnerte man sich auch daran, daß Indien und China gemeinsam an der Lösung der Korea-Frage sowie der Beendigung des Imperialismus in Indochina zusammengearbeitet hätten und daß sie auch in Bandung noch in bestem Einvernehmen gestanden hätten (ebenda). Mit besonderer Befriedigung hörten die Chinesen die Erklärung

Vayjapees, daß die Janata-Regierung in Zukunft einen möglichst eigenständigen Weg beim Aufbau des Landes beschreiten wolle (ICI, SWB, 15.2.79). Gemeinsamkeiten, die aus der gemeinsamen Verantwortung erwachsen, wurden ebenfalls häufig betont. Vayjapee führte z.B. aus, daß "unsere zwei Nationen zwei Fünftel der Menschheit umfassen. Wir sind die Erben von zwei der ältesten Zivilisationen der Welt..." (ebenda).

Einig war man sich auch darin, daß Indien zum Besitz von Atomwaffen berechtigt sei. Dies betonte Deng Xiaoping in einem Interview am 14. Februar: Bevor nicht die Nuklearmächte als erste sich bereit erklärt hätten, nie Nuklearwaffen zu benutzen und sämtliche Nuklearwaffen zu vernichten, besäßen sie kein Recht, andere vom Nuklearwaffenbesitz auszuschließen (SWB, 22.2.79).

Die "Erkundungsreise" des Außenministers endete ohne konkrete Ergebnisse. Man wußte auf beiden Seiten, daß die Vielfältigkeit der bilateralen Probleme nicht unterschätzt werden darf und daß noch ein langer Marsch bevorsteht. Vereinbart wurde lediglich, daß Huang Hua nach Delhi zu ersten Diskussionen und umgekehrt der indische Ministerpräsident Desai nach Peking kommen solle. Seit im Jahre 1976 die diplomatischen Beziehungen aufgenommen wurden, wären damit nach drei Jahren wirklich ernsthafte Gesprächsrunden eingeleitet.

Das Ende des indischen Besuchs wurde überschattet durch die chinesische Militäraktion in Vietnam, die am 17. Februar begann. Vayjapee fühlte sich durch diesen Schritt offensichtlich brüskiert. Vor dem Unterhaus in Neu Delhi erklärte er bei seiner bereits erwähnten Rede, er bedaure, daß ihn die chinesischen Regierungsführer bei seinem jüngsten Peking-Besuch nicht über die "möglichen Entwicklungen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze" unterrichtet hätten. Während der Außenminister hier vorsichtige Kritik übt, brach in der indischen Presse ein Sturm der Entrüstung über Peking herein.

Präsident Sanjiva Reddy forderte eine umgehende Beendigung der Kämpfe und den Rückzug aller chinesischen Truppen aus Vietnam. Premierminister Desai schloß sich dieser Forderung an. Die Oppositionsparteien der Lok Sabha erklärten in einem gemeinsamen Statement, daß die chinesische Aktion nicht nur die territoriale Integrität Vietnams verletze, sondern auch den Frieden und die Sicherheit in der ganzen Region gefährde. Im gleichen Sinne argumentierten auch die KP Indiens (Marxisten) und der Vorstand der Janata-Partei (SWB, 21.2.79).

(6) China bittet um Gnade für Bhutto

Der chinesische Partei- und Regierungschef Hua Guofeng hat in einer Botschaft an den pakistanischen Staatschef Zia-ul-Haq um Gnade für den zum Tode verurteilten Expremierminister Zulfikar Ali Bhutto ersucht (NCNA, 10.2.79).

Bhutto hatte durch seine Politik nach dem Dezemberkrieg von 1971 dazu beigetragen, daß die traditionell guten Beziehungen zwischen Pakistan und China in jenen Jahren einen Höhepunkt erreichten.

(7) Zum "kampucheanisch"-vietnamesischen Freundschaftsvertrag

Am 18. Februar 1979 unterzeichnete eine vietna-

mesische Delegation, der u.a. Ministerpräsident Pham Van Dong und General Giap angehörten, in Phnom Penh einen "vietnamesisch-kampucheanischen Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit", in dem generell vereinbart wurde, daß "beide Seiten sich gegenseitig aus ganzem Herzen unterstützen und einander auf allen Gebieten und in allen nötigen Formen helfen. Beide Seiten werden erforderliche Maßnahmen ergreifen, um dieses Versprechen, wann immer nötig, in die Tat umzusetzen". Vertragspartner war die Regierung der von Vietnam Ende Dezember eingesetzten EFKNR (Einheitsfront Kampuchea für die Nationale Rettung). Die EFKNR gab noch am selben Tag eine Erklärung heraus, in der die Angriffsaktion Chinas auf Vietnam scharf verurteilt wurde: Die Front, der Volksrevolutionsrat, das kampucheanische Volk und die kampucheanische Armee stehen allzeit an der Seite Vietnams in seinem gerechten Kampf gegen die "reaktionären Peking Behörden" (SPK, 18.2.79; SWB, 21.2.79).

Am 21. Februar 1979 verurteilte Xinhua (NCNA, 21.2.79) den Vertrag als eine "Farce zwischen dem Boss und den Marionetten in Phnom Penh". Das Papier habe keinen anderen Zweck, als die Entsendung von hunderttausend vietnamesischen Okkupationssoldaten zu "legalisieren". Der Vertrag bestimme u.a., daß beide Seiten gegenseitig ihre brüderliche Kooperation verstärken und sich gegenseitig unterstützen sollten auf den Gebieten der Wirtschaft, der Kultur, der Erziehung, des Gesundheitswesens, der Wissenschaft und der Technologie sowie bei der Ausbildung von Kadern und beim Austausch von Spezialisten. Zusätzlich sollen, soweit nötig, Abkommen getroffen werden, die die "Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Behörden sowie zwischen den Massenorganisationen beider Länder stärken". All diese Bestimmungen liefen darauf hinaus, Kampuchea von den vietnamesischen Kolonialisten total abhängig zu machen.

Schon im 19. Jh. habe die vietnamesische Nguyen-Dynastie zweimal Armeen nach Chenla (dem heutigen Kampuchea) entsandt und das Land gezwungen, zu einem vietnamesischen "Protektorat" zu werden. Nach ähnlichem Schema sei die Sowjetunion 1968 in der CSSR verfahren. Es handle sich hier um Erscheinungsweisen des regionalen und des globalen Hegemonismus.

Auch der Botschafter des "Demokratischen Kampuchea", also der "Khmer Rouge", in Peking äußerte sich gegenüber AFP in ähnlicher Weise. Pich Cheang, der den Khmer Rouge seit 1975 in Peking vertritt, lud sowohl die Mitarbeiter des früheren kambodschanischen Präsidenten Lon Nol als auch Prinz Norodom Sihanouk zum gemeinsamen Kampf gegen Vietnam ein. Ob er sich freilich von dieser Einladung allen Ernstes positive Folgen verspricht, mag höchst zweifelhaft sein. Immerhin war ja die Verfolgungspolitik der Khmer Rouge gerade in den ersten Monaten nach der Eroberung Phnom Penhs gegen die ehemaligen Lon-Nol-Mitarbeiter gerichtet. Auch Sihanouk hatte die Regierung des Khmer Rouge bei der Sitzung des UNO-Sicherheitsrats Anfang Januar zwar unterstützt, hatte es sich dann allerdings nicht nehmen lassen, im Anschluß an die Ratssitzung heftige Kritik an seinen Peinigern zu üben. Welchen Stellenwert also solle Sihanouk in Zukunft einnehmen? Dazu Pich Cheang: Der Prinz solle alles tun, um für Kampuchea in seinem antivietnamesischen Kampf weltweite moralische und materielle Unterstützung zu mobilisieren.

Sihanouk hatte auch eine neue Genfer Konferenz

vorgeschlagen. Pich Chean bezeichnete diese Maßnahme als eine "persönliche Initiative" des ehemaligen Staatsoberhaupts. Verhandlungen mit Vietnam in Genf oder sonstwo seien solange sinnlos, wie nicht zwei Bedingungen erfüllt seien, nämlich die "Einstellung der vietnamesischen Aggression" und der völlige Abzug der vietnamesischen Streitkräfte aus Kampuchea.

Im übrigen gehe der "Volkskrieg" gegen die vietnamesischen Besatzer weiter. Die Botschaft des "Demokratischen Kampuchea" in Peking stehe in ständigem Radiokontakt mit der Khmer-Rouge-Résistance in Kampuchea, und zwar sowohl mit Pol Pot als auch mit Vizepremier Ieng Sary, der am 26. Januar an die Front zurückgekehrt ist, und mit dem Präsidenten Khieu Samphan (SWB, 22.2.79). Über eine Pressekonferenz Pich Cheans berichtet auch NCNA (21. und 22.2.79).

Inzwischen geht die Belieferung der Khmer-Rouge-Einheiten mit chinesischen Waffen angeblich weiter. Sihanouk soll am 10. Februar einem Reporter von BBC mitgeteilt haben, Deng Xiaoping habe ihn wissen lassen, daß Thailand mit der Belieferung des Pol-Pot-Widerstands über thailändisches Gebiet einverstanden sei. In Peking wurde ein Schiffsabkommen mit Thailand unterzeichnet (NCNA, 8.2.79), das möglicherweise in Zusammenhang mit dieser Logistik steht. Die New York Times berichtete am 8. Februar, daß die Regierung von Thailand den Chinesen insgeheim erlaubt habe, thailändische Häfen und sogar Flughäfen für den Waffennachschub zugunsten der Pol-Pot-Truppen zu benutzen. Von den thailändischen Häfen sollen die Waffen dann in das südwestliche Kampuchea eingeschleust werden. Auch IHT (8.2.79) berichtet, daß Deng Xiaoping während seines USA-Aufenthaltes darauf hingewiesen habe, daß die Waffenlieferungen an Pol Pot nunmehr in Zusammenarbeit mit Thailand bewerkstelligt würden (SWB, 14.2.79).

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(8) Wird Peking 1988 die Olympischen Spiele ausrichten?

Bei einem Interview mit der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo gab Deng Xiaoping am 26. Februar zu verstehen, daß China bereit sei, seine Kandidatur für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 1988 anzumelden. Auf die Frage, ob China ein Team bereits zu den Olympischen Spielen nach Moskau entsenden wolle, antwortete Deng bejahend, allerdings mit der Einschränkung, daß bis dahin die Taiwan-Frage endgültig geregelt sein müsse. China bereite sich bereits auf die Spiele vor (SWB, 27.2.79).

(9) UNESCO-Mitgliedschaft

Vom 19.-21. Februar konstituierte sich die Nationale Kommission der Volksrepublik China für die UNESCO mit Li Qi, dem stellvertretenden Minister für Erziehung, und weiteren fünf Stellvertretern der

Spitze (NCNA, 21.2.79).

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(10) Regionalzeitungen im Ausland erhältlich

Über ein Jahrzehnt war es unmöglich, chinesische Lokalzeitungen der Provinzebene (und darunter) im Ausland regulär zu beziehen. Seit Anfang des Jahres ist nun die "Peking-Tageszeitung" erstmals für Ausländer beziehbar (Peking steht administrativ im Range einer Provinz). Das gleiche gilt auch für Schanghais Gazetten "Wenhui-Zeitung", die lokale "Befreiungszeitung" (jiefang jibao) und Kantons "Nanfong-Tageszeitung".

INNENPOLITIK

(11) Wandzeitungen fordern ZK zu weiterer Mao-Kritik auf

Ende Januar erschien in Peking ein "Offener Brief an Deng Xiaoping". In dieser Wandzeitung hieß es, in China sei seit den fünfziger Jahren die Demokratie unterdrückt und nach und nach eine totale Diktatur errichtet worden, die sich auf die feudalistische Alleinherrschaft von Mao Zedong stütze: "Auch heute schmachten in den Gefängnissen Häftlinge, die wegen ihrer Kritik an Mao Zedong dorthin gebracht worden sind. Warum ist das Zentralkomitee bemüht, die Stimme der Massen zu erstickern? Vielleicht deshalb, weil es in der Parteiführung Personen gibt, die sich durch das Verschweigen der Fehler Mao Zedongs selbst schützen?... Das Zentralkomitee... will Kritik an Mao Zedong nicht zulassen, da es fürchtet, sie könnte die Einheit und Stabilität in China verletzen. Aber in diesem Zusammenhang dürfen wir auch nicht übersehen, daß eine solche Einheit und Stabilität auf einem Vulkan errichtet worden ist, der jeden Moment ausbrechen kann. Die Quelle der Fehler ist nicht im Volk, sondern in der Partei zu suchen. Die Fehler von Mao Zedong sind so offenkundig, daß ihre öffentliche Bekanntgabe in China keinen überraschen kann" (DW, 30.1.79). Ein deutlicher Hinweis also, daß in Sachen "Mao-Kritik" in der Volksrepublik noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

(12) 30. Nationalfeiertag der VR China 1979 ohne Fanfaren

Die Volkszeitung schrieb am 3.2.1979, das ZK habe beschlossen, den 30. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China ohne großen Aufwand zu begehen. Anlaß war der Bau des Pekinger Zentrums für Landwirtschaftsausstellungen. Anscheinend setzten sich manche Kader dafür ein, das Zentrum zu diesem 30. Jahrestag in ähnlich übereilter Geschwindigkeit aufzubauen wie seinerzeit das Mao-Mausoleum. Die Führung entschied sich mit dem ZK-Beschluß dafür, die neue Politik in allen konkreten Aufgaben mit